

Im Januar

Fünfundsechzig Jahre seit der Macht-
ergreifung Hitlers -
Kein „Betriebsunfall der Geschichte“

Seite 2

In China

Der Weg zur Weltmacht -
Entwicklungen, Erfahrungen, Mög-
lichkeiten - Ein Land im Wandel

Seite 9

Auf Sendung

Dokumentationen über den Welt-
krieg - nicht immer eine wertfreie
Information

Seite 11

DIE LINKE. AKTUELL

15. Jahrgang, 155. Ausgabe, Februar 2008

Kreisverband und Kreistagsfraktion Teltow-Fläming

Gedanken zum Gedenken

An diesem zweiten Sonntag im Janu-
ar war ich schon gegen 9.00 Uhr dort
an der Gedenkstätte der Sozialisten in
Friedrichsfelde. Endlich einmal konn-
te ich ohne Gedrängel um das Rondell
mit dem hohen Gedenkstein herumge-
hen, vor jedem Grab stehen bleiben und
eine Nelke hinlegen. Dabei ging mir
durch den Kopf, dass jeder, der hier

den wirklichen stalinistischen Opfern
– auch zu solchen, die es keinesfalls
gewesen sind.

Das geht so weit, dass „die im ver-
fluchten Stalingrad ermordeten deut-
schen Soldaten“ ebenfalls hier geehrt
werden sollen.

Ich kann mich nicht der im Neuen
Deutschland vom 14. Januar 2008 ge-

Meine letzten roten Nelken brachte
ich zum Friedhof hinter der Gedenk-
stätte, wo ich unter anderen die Grä-
ber der Söhne Karl Liebknechts, von
Hans Marchwitza, Konrad und Mar-
kus Wolf, Peter Edel, Kurt Goldstein
und Johanna Grotewohl fand.

Christa Zernick, Am Mellensee



liegt, ein Stück deutscher Geschichte
des 20. Jahrhunderts gewesen war und
einen besonderen Beitrag im Kampf
für den Sozialismus geleistet hatte, wo-
für wir Dank schuldig sind.

Sehr zwiespältig zumute war mir da-
gegen am Stein „Den Opfern des Sta-
linismus“. Er lässt Raum für eine sehr
ungenau, willkürliche Zurechnung zu

äußerten Wertung anschließen, dass
sie hier in „satirischer Absicht“ trau-
ern.

Solange es in unserem Land Rechts-
extremismus, Antisemitismus, Bestre-
bungen für die Einrichtung eines „Zen-
trums gegen Vertreibung“ gibt, kann
man in diesem Zusammenhang nicht
von Satire reden.

Nationalfriedhof Friedrichsfelde

Ein Besuch auf dem Berliner Zentral-
friedhof in Friedrichsfelde ist immer
interessant. Er hat eine lange Ge-
schichte, die mit dem Entwurf zur
Anlegung im Parkstil des Lenné -
Schülers Hermann Mächtigt beginnt.
Hier in Friedrichsfelde ist die Breite
der Gesellschaft vertreten:

Wissenschaftler, Künstler, Politiker,
Schriftsteller, Arbeiter und Ärzte. Von
Käthe Kollwitz über Rosa Luxemburg,
Irmtraud Morgner und Steffie Spira
reicht der Bogen, hier liegen auch Paul
Singer und Paul Wiens, Franz Mehring
und Wilhelm Liebknecht, einige der
Bleichröders, die Bismarck finanziert
haben, Ernst-Hermann Meyer und
Dutzende Reichstagsabgeordnete.

An keinem Ort in Deutschland liegt
derart viel Prominenz des 20. Jahrhun-
derts beieinander. Dieser Friedhof ist
Teil und Ausdruck der kulturellen Iden-
tität Berlins.

Petra Haase, Jüterbog

Ein deutscher Jahrestag

Ronald Friedmann: Die Machtübergabe an Hitler und die Nazi­partei vor fünfundsiebzig Jahren war kein „Betriebsunfall der Geschichte“

Bei eisiger Kälte, die Thermometer zeigten Temperaturen um 18 Grad unter Null, zogen am 25. Januar 1933 mehr als 130.000 Menschen - Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten - vor das Berliner Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz der Kommunistischen Partei Deutschlands, um mit einer Großkundgebung gegen einen Aufmarsch der SA zu protestieren, der drei Tage zuvor in höchst provokatorischer Absicht an gleicher Stelle stattgefunden hatte.

Doch das Bild einer parteiübergreifenden Entschlossenheit, der unmittelbar drohenden Gefahr einer faschistischen Diktatur in Deutschland mit vereinter Kraft entgegenzutreten, täuschte:

Als am 30. Januar 1933 Reichspräsident von Hindenburg Hitler mit der Regierungsbildung beauftragte, blieb der Aufruf der KPD zum Generalstreik ungehört. Der Parteivorstand der SPD verwies in einer Erklärung vom 31. Januar 1933 auf die durchaus zutreffende Tatsache, dass Hitler und seine Partei auf legalem Wege, also ganz in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Weimarer Verfassung, die Regierungsgewalt übernommen hatten. Jeder Aufruf zum Kampf würde daher nur einen Vorwand zu schärferem Eingreifen liefern. Nicht nur die Straße gehörte nun der Nazi­partei und ihren Schlägertruppen.

Am 1. Februar 1933 löste Reichspräsident Hindenburg auf Wunsch des nunmehrigen Reichskanzlers Hitler den Reichstag auf und setzte Neuwahlen für den 5. März 1933 an. Am 4. Februar 1933 erließ er die Verordnung zum „Schutz des deutschen Volkes“, die Kritik an der Regierung unter Strafe stellte und die Versammlungs- und Pressefreiheit erheblich einschränkte.

Eine wirksame Vorbereitung der demokratischen Parteien auf die Reichstags­wahlen war damit faktisch unmög-

lich gemacht worden. Knapp vier Wochen später, in der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933, brannte schließlich der Reichstag.

Die Flammen waren noch nicht gelöscht, da wurde bereits von der Nazi­regierung die kommunistische Bewegung lautstark zur Schuldigen erklärt, und auf der Grundlage des Artikels 48 der Weimarer Verfassung wurde „zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ eine weitere Notverordnung verkündet, diesmal unter dem Namen „Zum Schutz von Volk und Staat“.

Mittels eines Verfassungsartikels wurde die Verfassung selbst außer Kraft gesetzt. Alle bürgerlichen Rechte und Freiheiten waren faktisch aufgehoben und blieben es bis zum letzten Tag der Nazi­herrschaft.

Innerhalb weniger Tage wurden Tausende Antifaschisten - unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit - Opfer einer gewaltigen Verhaftungswelle, bei der die SA offiziell die Rolle einer Hilfspolizei übernommen hatte.

Die ersten Konzentrationslager entstanden, in denen gefoltert und gemordet wurde. Die KPD wurde faktisch in die Illegalität getrieben, ihr Vorsitzender Ernst Thälmann am 3. März 1933 verhaftet.

Trotz des allgegenwärtigen Terrors erhielt die Nazi­partei bei den Reichstags­wahlen am 5. März nicht die gewünschte absolute Mehrheit der Stimmen und Sitze.

Kurzerhand wurden deshalb die 85 Mandate der KPD annulliert, und am 23. März 1933 konnte der Reichstag - gegen die Stimmen der verbliebenen 94 SPD-Abgeordneten (26 waren bereits verhaftet oder emigriert) - ganz „legal“ das sogenannte Ermächtigungsgesetz „zur Behebung der Not von Volk und Reich“ beschließen, das Hitler unbeschränkte diktatorische Vollmachten gewährte.

Am 2. Mai 1933 wurden die freien Gewerkschaften zerschlagen. Sechs Wochen später schließlich, am 22. Juni 1933, folgte auch das Verbot der SPD. Bis zum 6. Juli 1933 lösten sich die bürgerlichen Parteien selbst auf.

Innerhalb von nur vier Monaten war die faschistische Diktatur in Deutschland etabliert.

Die demokratischen Institutionen der Weimarer Republik waren zerstört oder bis zur Unkenntlichkeit deformiert. Das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte hatte begonnen.

Man kann dem immer wieder als marxistisch apostrophierten britischen Historiker Eric Hobsbawm in keiner Weise darin zustimmen, dass das „Großunternehmertum“, wie er in seinem wohl bekanntesten Buch „Das Zeitalter der Extreme“ schrieb, „Hitler nicht ausdrücklich herbeigewünscht“ hätte.

Das Gegenteil war der Fall, denn anders ist es wohl nicht zu erklären, warum zum Beispiel am 4. Januar 1933 ausgerechnet in der Villa eines Kölner Großbankiers darüber verhandelt wurde, wie die Ernennung Hitlers als Reichskanzler zu bewerkstelligen sei.

Und schließlich war die „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“, die ab dem 1. Juni 1933 erhoben wurde, zumindest für ihre Begründer, die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und den Reichsverband der Deutschen Industrie, eine freiwillige Angelegenheit.

Es sind stets die großen wirtschaftlichen Interessen, die hinter politischen Entwicklungen stehen. Auch dies ist eine Lehre des Jahres 1933, die bis heute Gültigkeit hat. Genau wie die Erkenntnis, dass der Abbau bürgerlicher Rechte niemals dem Schutz dieser Rechte dienen kann. <

Stadtverordnetenversammlung Jüterbog, Fraktion DIE LINKE.

Klare Fragen – klare Antwort

In der Weihnachtszeit häuften sich Fragen zu unserem Abstimmungsverhalten in Jüterbog, so wandte sich ein besorgter Bürger an Dagmar Enkelmann: „So eben erreichte mich über den Verteiler SBB folgende Mail. Was ist da bei euch los? Ist das eine Ente oder ist die Linksfraktion in Jüterbog von allen guten Geistern verlassen, gegen das kostenlose Schulessen zu stimmen? Jedenfalls können wir eine solche Propaganda als Linkspartei nicht brauchen. Klaus Kohrs“

Ich möchte auf die Frage, die beispielhaft für weitere ca. 20 Fragen ist, gern antworten (Habe die MAZ-Artikel und die Leserbriefe angehängt, um keinen Roman schreiben zu müssen. Sind auch auf meiner Homepage nachlesbar).

Davon einmal abgesehen, dass ein aufstrebender junger CDU-Genosse viele Falschmeldungen in die Welt gesetzt hat, stimmt letztlich die Meldung, dass wir gegen den Antrag für ein kos-

tenloses Schulessen für alle Kinder der 1. Klasse gestimmt haben. Vorher war ein Antrag abgelehnt worden, der vorsah, für alle Kinder aus sozial schwachen Familien einen Zuschuss zum Essen von 0,65 € zu zahlen und einen ermäßigten Freibadeintritt von 0,50 € sowie einen Restkartenerwerb für 2,- € in unserem Kulturquartier zu gewähren. Letzteres wären sogar zusätzliche Einnahmen, weil die Karten sonst verfallen würden. Ein Kompromiss war dann unsererseits, mit dem kostenlosen Mittagessen zu beginnen, aber nach solidarischen Grundsätzen, also: für alle Kinder aus sozial schwachen Familien. Und zwar wie vorher schon mal beschlossen: KITA- und Schulkinder. Sozial schwach haben wir definiert als Hartz-IV-Empfänger und sog. Aufstocker (Geringverdiener mit Hartz-IV-Anteil). Es half alles nichts! Die Rathauskoalition in Jüterbog wollte einen Sieg und keine wirkliche Lösung.

Wir meinen, dass es unsozial und unsolidarisch ist, wenn das Kind einer gut verdienenden Familie kostenlos essen kann, wenn es die erste Klasse besucht, und die Kinder aus sozial schwachen Familien, die eine KITA oder die Klassen 2 - 6 besuchen, leer ausgehen. Es handelt sich um etwa 100 Kinder in den ersten Klassen, wovon ca. 25 Kinder aus sozial schwachen Familien kommen. Das können wir nicht mittragen.

Übrigens haben wir ohnehin ein Finanzierungsproblem, das hat die Kommunalaufsicht der Stadt schriftlich gegeben. Der Haushalt 2007 wurde erst im November von der Kommunalaufsicht mit der Auflage, die freiwilligen Aufgaben zu reduzieren, genehmigt. Wir sind also gespannt, wie es hier weiter geht.

Wir sind also nicht von allen guten Geistern verlassen, sondern machen hier schon unsere Arbeit!

*Maritta Böttcher,
Fraktionsvorsitzende*

Milch für Kubas Kinder

Unter dieser Losung/Überschrift wurden die Leser einer Tageszeitung gebeten/aufgefordert, auch nach der Wende die Kinder Kubas nicht zu vergessen und mit einer kleinen Spende das Leid und den Hunger in einem von den USA boykottierten Land zu lindern.

Umso überraschter waren wir, als nach einigen Wochen von einer Familie Karl und Martine Schilp aus St. Ingbert ein sehr langer Brief ins Haus flatterte, in dem sie sich herzlich für unsere Spende bedankten und sehr ausführlich schilderten, wofür die von ihnen gesammelten Sach- und Geldspenden verwendet worden sind.

Das Bemerkenswerte daran ist, dass die von der Familie Schilp gesammelten Spenden ohne Verwaltungsaufwand weiter geleitet und nach Kuba

transportiert werden. Allerdings, wer auf eine formgerechte Spendenbescheinigung Wert legt, wird enttäuscht. Familie Schilp organisiert die Kubahilfe ehrenamtlich.

Es gibt nach Auskunft der Fam. Schilp in Deutschland viele Menschen, die für das Land in Mittelamerika spenden, überwiegend Medikamente, Verbandartikel, Schulartikel, Kinderkleidung und Spielzeug. Das größte Problem liegt in den Transportkosten. Wurden im Jahr 2003 3,5t transportiert, so waren es 2007 bereits über 8,5t.

Mit den Briefen der Familie Schilp haben wir immer einen sehr persönlichen und emotionalen Bericht über Menschen in einem fernen Land, die von der Idee eines Lebens in Freiheit und Menschlichkeit beseelt sind und dafür mit all ihren Kräften kämpfen.

Wir möchten unseren Bericht über unsere Spendentätigkeit mit einem Satz aus einem kubanischen Brief beenden. „Die Deutschen, die uns mit so großer Selbstlosigkeit und Solidarität ihre Hilfe zukommen lassen. Das zeugt von würdigem Anerkennen und Respekt.“

*Fritz und Eva Huschke
Nuthe-Urstromtal*

Einladung

Der Deutsch-Chinesische Freundeschaftsverein e.V. lädt zum Vortrag von Dr. Klaus Blessing mit dem Thema „Hat der Sozialismus im 21. Jahrhundert als gesellschaftliche Alternative eine Chance?“ ein.

Die Veranstaltung findet am 20. Februar 2008 um 15.00 Uhr in der Gaststätte zur Kegelbahn in Ludwigsfelde statt. <

TRANSPARENT LINKE POLITIK IM LANDTAG

Die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan zu aktuellen Themen:

Das Land braucht Lösungen, keine Losungen

Im abgelaufenen Jahr gab es für die SPD mehr Gelegenheiten als je zuvor, auf eine gerechtere und kinderfreundlichere Politik einzuschwenken. Jüngste Beispiele sind unsere Anträge für den Doppelhaushalt 2008/2009:

- kostenloses Mittagessen für Kinder aus einkommensschwachen Familien
- elternbeitragsfreie Schülerbeförderung
- Gewährleistung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz spätestens ab 2009 für alle Kinder ab zwei Jahren
- die Einführung eines Sozialtickets.

All diese Anträge hat die Koalition abgelehnt. Auch beim Mindestlohn hat sich nichts bewegt. Und mit dem Doppelhaushalt 2008/09 hat sich die Koalition bis zur Landtagswahl 2009 jeden finanziellen Spielraum für eine bessere Politik genommen.

Da ist es schon sehr erstaunlich, wenn man von SPD-Seite nun den Eindruck erweckt, man wolle oder könne jetzt neue politische Akzente setzen.

Die wichtigen Aufgaben für mehr soziale Gerechtigkeit in Brandenburg liegen immer noch vor uns. DIE LINKE ist mit ihren Angeboten präsent.

Fair statt prekär bei der öffentlichen Auftragsvergabe

In Brandenburg werden jedes Jahr erhebliche Beträge für Aufträge und Dienstleistungen von der öffentlichen Hand vergeben. Das Land und auch die brandenburgischen Kommunen üben damit direkten Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung im Lande aus. Im Februar wird DIE LINKE erneut einen Antrag für ein Tariftreue- und Vergabegesetz in den Landtag einbringen. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition behindern seit Jahren die Verabschiedung entsprechender gesetzlicher Regelungen zur

Einhaltung von Sozialstandards bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Das ist ein anhaltender Standortnachteil. Andere Bundesländer, so auch Berlin, haben die Chance ergriffen und ein Vergabe- bzw. Tariftreuegesetz verabschiedet. Das Bundesverfassungsgericht ist im Juni 2006 hinsichtlich des Berliner Vergabegesetzes zum Urteil gekommen, dass es höherrangige allgemein-politische Ziele gibt, die der Staat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verfolgen darf.

Vor dem Hintergrund der bestehenden gesetzlichen Regelungen in Berlin fordert deshalb die Linksfraktion als einen ersten Schritt die Einführung eines Mindestentgeltes von 7,50 Euro je Stunde bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen.

Dieses Entgelt ist ein Einsteig in eine existenzsichernde Lohnuntergrenze und soll in einem zweiten Schritt auf 8,00 Euro erhöht werden. Damit wären gleiche Ausgangsbedingungen für alle Unternehmen im Wirtschafts- und Sozialraum Berlin-Brandenburg gewährleistet. Wettbewerbsneutralität würde befördert und Lohndumping könnte verhindert werden.

Das sind gute Gründe, um auch in Brandenburg endlich gesetzliche Regelungen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen zu schaffen.

Diätenerhöhung für Synagoge gespendet

Mit 1.500 Euro unterstützt die Linksfraktion den Bau der neuen Synagoge in Potsdam. Die Abgeordneten der Fraktion werden dafür ihre erste Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung in Höhe von rund 50 Euro spenden.

Sozialticket ist Bürgerwille

Mehr als 33.000 Bürgerinnen und Bürger haben im Rahmen einer Volksinitiative das Sozialticket für Branden-



burg gefordert. Die Vertreter der Regierungsfractionen im Infrastrukturausschuss haben aber bereits im Dezember diesem Ansinnen eine Absage erteilt.

Die Linksfraktion schlägt Finanzierungsmöglichkeiten vor, die den Landeshaushalt nicht belasten: Mehr als sechs Mio. Euro werden auf Grund der Bahnstreiks nicht an die DB gezahlt. Außerdem erhält das Land zusätzlich neun Mio. Euro aus dem so genannten „SED-Vermögen“ zur freien Verfügung.

Wegen Fehleinsatzes fordert das Land von der DB AG Fördermittel in Millionenhöhe zurück. Das sind Gelder, die für die sozial benachteiligten Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt werden sollten. <

Ein überaus erfolgreiches Wochenende

Herzlichen Glückwunsch unseren GenossInnen in Hessen und Niedersachsen zu ihrem Erfolg bei den Landtagswahlen.

Und herzlichen Glückwunsch auch unserem auf dem 1. Landesparteitag gewählten Landesvorstand.

Mehr dazu in unserer nächsten Ausgabe. <

Abgeordnetensprechstunde in Mahlow

Seit Jahren ist es Tradition der Partei DIE LINKE. in Mahlow, ihre Abgeordneten der Gemeindevertretung Blankenfelde-Mahlow einzuladen. Zu dieser öffentlichen Abgeordnetensprechstunde am 08. Dezember waren auch in diesem Jahr wieder viele an unserer Arbeit interessierte Bürger erschienen.

Der Abgeordnete und Ortsbürgermeister des Ortsteils Mahlow, Manfred Claus, informierte über das Erreichte und auch Nichterreichte.

Voller Stolz berichtete er über die abgeschlossenen Baumaßnahmen: Bahnhofplatz, Ibsenstraße, Fliederweg, Radweg am Berliner Damm, Gehweg in der Arcostraße und andere. Sein besonderer Einsatz galt mit Erfolg der Öffnung der Kreis-Chaussee zur Waldsiedlung für den PKW-Verkehr.

Nicht so glücklich ist er über die Lösung der Verkehrsberuhigung in der Berliner Straße durch die Aufpflasterung. Unsere Forderungen nach optimalen Bedingungen für die Oberschule „Herbert Tschäpe“ am neuen Standort in Dahlewitz sind erfüllt, das gleiche muss nun auch für die Grundschule in Mahlow erreicht werden.

Nach jahrelanger Diskussion, vor allem mit den Sportlern, ist die Entscheidung für den Sportplatz in der Beethovenstraße gefallen und es kann 2008 mit den Bauarbeiten begonnen werden. Die Abgeordnete Dr. Heidrun Nobis berichtete aus der Arbeit der Ausschüsse Bildung, Jugend, Soziales und Kultur und Sport. Sie setzte sich besonders für die Fortsetzung der Arbeit des Seniorenbeirats ein. Einen großen Rahmen nahmen die Anfragen der Bürger ein.

Sie betrafen in loser Reihenfolge:

- Es fehlen in den Grundschulen und in der Oberschule Schul- und Sozialarbeiter.
- Die offene Jugendarbeit ist in Trägerschaft des Vereins zu erhalten und zu qualifizieren.
- Erhalt der gemeindeeigenen WOBAB, um auf soziale Aspekte der Wohnungsvergabe Einfluss nehmen zu

können - z. B. Versorgung von Arbeitslosengeld-II-Empfängern mit Wohnraum und Schaffung von behindertengerechten Wohnungen und Senioren-WG

- Behindertengerechter Zugang zur S-Bahn von der Ostseite (Rollis, Rollstühle, Kinderwagen, Fahrräder)
- Aktuelle Gestaltung der Informationstafel am Bahnhof (Ortsplan !!)
- Öffentliche Toilette im Bahnhofsbereich
- Einseitiger Gehweg in der Stefan-Zweig-Straße als Weg zum S-Bahnhof Westseite.
- Fußgängerüberweg Berliner Straße/Turnhalle sollte unter dem Aspekt Schulwegsicherung für die Grundschüler neu überdacht werden.
- Warum sind die Grundstückspreise in den Gewerbegebieten so hoch?

Diese Frage konnte Otto Witt als sachkundiger Bürger im Bau- und Territorialausschuss kompetent beantworten.

Zum Abschluss informierte der Abgeordnete und Ortsbürgermeister, Manfred Claus, über Vorhaben für das Jahr 2008 im Ortsteil Mahlow, der im nächsten Jahr etwa 12 000 Einwohner haben wird.

Inge Krumpach

Vorsitzende der Basisorganisation

Im Zeichen der Kommunalwahlen

Am 1. Mai 2008 findet das 18. Familienfest der LINKEN Teltow-Fläming auf dem Boulevard in Luckenwalde statt.

Um 14.00 Uhr erfolgt die Eröffnung durch Kornelia Wehlan, Mitglied des Landtages Brandenburg und Vorsitzende des Kreisverbandes DIE LINKE. Teltow-Fläming.

Zwischen 14.00 und 18.00 Uhr bei beliebter Live-Musik und Attraktionen für Auge und Ohr:

- Tombola
 - Kaffee und Kuchen
 - Antiquariat:
- Bücher, Schallplatten, CD's



Eine kleine Auswahl politischer Absurditäten, die unsere Obrigkeiten in den letzten Wochen fabriziert haben:

- Polizeijob durch Personaleinsparungen immer gefährlicher
- Einigung im Tarifstreit zwischen Bahn und GDL – bezahlt durch Fahrpreiserhöhungen und Entlassungen
- NOKIA – Konzern schließt seinen Standort in Deutschland, da in Rumänien billiger produziert werden kann
- Beiträge zur Riester-Rente jahrzehntelang eingezahlt und dann angerechnet als Einkommen und so die Rente gekürzt sowie die Einzahler ganz böseartig und hinterhältig betrogen.

Fortsetzung folgt! Leider.

Christa Zernick, Am Mellensee

Ankündigung

Am 29.03.08 um 14.00 Uhr beginnt die dritte Landesdemonstration gegen Sozialraub in Potsdam. Weitere Informationen folgen.<

• Abgeordnetenzentrum mit dem Jugendmobil der Landtagsfraktion DIE LINKE.

• Minibücher
• Info-Stände von Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften
Für unsere kleinen Gäste:

• Happy Bouncer Spieleshow aus Potsdam.

Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Spenden können auf unser Konto überwiesen, Sachspenden in den Geschäftsstellen abgegeben werden.

*Manfred Thier,
Kreisgeschäftsführer*



**Diana
Golze
hat
das
Wort**

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region

Wie steht es um die Kultur in Brandenburg?

Wie soll Kultur organisiert werden, damit sie lebendig ist? Welche Verantwortung trägt dabei der Staat? Gibt es ein Recht auf „kulturelle Grundversorgung“? Um über diese und weitere Fragen zu diskutieren, lud ich Künstlerinnen und Künstler aus meinem Wahlkreis im Rahmen der Leitbild-Debatte im Dezember in das Rathenower Kulturzentrum ein.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gesprächsrunde waren sich einig, dass Kultur in einer Bürgergesellschaft ein Wert an sich, eine gesellschaftliche Ressource ist. Die Teilhabe daran muss für alle gewährleistet sein. Aber gegenwärtig erleben wir einen drastischen Rückzug des Landes aus der Finanzierung kultureller Einrichtungen. Die Kommunalisierung der Kultur ist fast abgeschlossen.

Dabei regelt die Landesverfassung eindeutig die Verantwortung – erst das Land und dann die Kommune. Natürlich ist die Stärkung der kommunalen Kompetenz für das kulturelle Leben vor Ort durchaus im Sinne bürgergesellschaftlicher Teilhabe, aber dafür müssen die Kommunen auch finanziell auskömmlich ausgestattet werden.

Im Ländervergleich steht Brandenburg schlecht da.

Die Koalitionsregierung von SPD und CDU zieht sich stetig aus der allgemeinen Kulturförderung zurück. Projektbezogene Förderung ersetzt Institutsförderung. Das macht eine län-

gerfristige Planung fast unmöglich. Seit 1999 wurde die Kulturförderung kontinuierlich zurückgefahren – von 86 Millionen Euro auf 75 Millionen Euro.

Kulturelle Leuchtturmprojekte als Mittel der Selbstdarstellung werden indes weiterhin mit hohen Summen gefördert. Kulturelle Angebote müssen aber auch im berlinfernen Raum – so auch in Rathenow, Belzig und Jüterbog – aufrecht erhalten werden.

Ein Beispiel: Das Rathenower Kulturzentrum erhielt 2007 vom Land ganze 460 Euro Theaterförderung, wie die Geschäftsführerin Dr. Bettina Götzte berichtete. „Die Argumente, mit denen die Landesregierung unseren Förderzuschuss so niedrig ansetzt, sind nicht nachvollziehbar.



Weil in unserem Haus vor allem Bühnen aus Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt und nur wenige aus Brandenburg gastieren, erhalten wir nur eine geringe Förderung aus dem Kulturministerium“, so die Kulturzentrum-Chefin.

Zwar würde die Geschäftsführerin gern häufiger Produktionen aus Brandenburg nach Rathenow holen, aber das scheitert daran, dass die wichtigsten brandenburgischen Sprechbühnen, wie z.B. das Hans-Otto-Theater aus Potsdam, oft an anderen Spielorten fest engagiert sind und deshalb die kleinen Häuser meistens leer ausgehen. Zudem ist schon allein die Anreise aus Potsdam oder Cottbus viel aufwän-

diger und teurer als aus dem Theater der Altmark in Stendal.

Für Anke Heinsdorff, Leiterin der Städtischen Musikschule Rathenow, ist das Musikschulgesetz eine „wichtige Errungenschaft“. „Aber die Förderbeträge dürfen nicht ständig abgesenkt werden, sonst ist eine vernünftige Arbeit nicht mehr möglich“, mahnte sie an. Keineswegs sei es wünschenswert, so die Musikschulleiterin, dass der Unterricht hauptsächlich von Honorarlehrkräften bestritten wird. „Da verdienen die Lehrer zu wenig. Das wirkt sich auch auf die Qualität des Unterrichts aus.“

Das Musikschulgesetz wird 2008 novelliert werden, informierte Gerd-Rüdiger Hoffmann, Sprecher für Kultur- und Minderheitenpolitik der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg. Dazu soll es einen fraktionsübergreifenden Antrag im Landtag geben.

Mit der neuen Regelung soll der hohe Qualitätsstandard gesichert werden. Beispielsweise soll die Quote von fest angestellten Musikschullehrern auf mindestens 30 Prozent festgeschrieben und die Bezahlung der Honorarkräfte angehoben werden.

Ulrike Wunsch, Leiterin der Städtischen Bibliothek in Rathenow, bedauerte, dass es kein Bibliothekengesetz in Brandenburg gibt. Das Land müsse seine Bibliotheken fördern und sich für sie stark machen.

Die Gesprächsteilnehmer stimmten überein, dass Kultur und Bildung zusammen gehören. „Kulturelle Bildung ist nicht nur ein Grundrecht, sondern auch ein Grundbedürfnis“, stellte Gerd-Rüdiger Hoffmann fest.

Mein Fazit dieser Veranstaltung lautet: Kultur ist eine öffentliche Aufgabe und muss dies auch bleiben. Künftig wird die kulturelle Entwicklung Brandenburgs stärker vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger geprägt sein. Aufgabe der Politik bleibt es, die kulturelle Infrastruktur bedarfsgerecht vorzuhalten. <

Dett is wohl allet nur Wahljetöse?

Ick hatt mal wieda dett Bedürfnis, meinen ollen Herrn aufzusuchen. Er tat sich dann auch riesig freuen, als er mir de Balkontür öffnen tat. „Ach, Drosselchen, ick hab dir schon richtig vermisst.“

„Ick ja ooch, mein Freund, aba ooch Drosseln ham ihre Verpflichtungen.“

„Nu biste ja da, und hast bestimmt vülle Neuuet mitjenracht.“

„Nee, ick wollt ja eijentlich wat von dir wissen.“

„Watt haste denn uffm Herzen?“

„Du weeßt ja, dat ick vüllet von euch Menschen nich vastehen tu. Da hat de PDS seit 2000 in Jammerbock for nen Sozialpass for de Ärmsten verblich jekämpft, denn de andern Parteien ham ihn ja mit de üblichen Phrasen abjeschmettert.“

Un nu kommen plötzlich de Schwarzen, fordern kostenlose Schüler-speisung for alle Erstklässler un setzen sich damit sojar ins Stadtparlament durch. Dett soll nu een kleenet Drosselhirn vastehn.“

„Ja, Drosselchen, dett is uff die eene Seite kompliziert, uff die andere janz einfach. Seit DIE LINKE jegründet wurde, wächst ihr Einfluss ooch in de alten Bundesländer. Dett fürchten de



andern Parteien wie de Pest. Die wissen aba ooch janz genau, der Erfolg der LINKEN kommt von ihre soziale For-derungen.

Nu musst de wissen, kleene Drossel, in dieset Jahr finden ne Menge Wahlen statt. Nu fürchten de selbst ernannten Volksparteien, dat de Linken weiter an Einfluss jewinnen tun. Un watt machen se nu? Sie klauen einfach de Politikfelder von de Linken,

die Familienoberbossin sojar von de DDR. Dann streiten sich de Schwarzen un Rosanen wochenlang üba dett Wie, bringen nur een paar Kompromisse zustande un vertagen dett Meeste uffn Sanktnimmerleinstag. So gaukeln se de Menschen Demokratie un Sozialverständnis vor.“

„Iss dett nich fies? Ham die überhaupt een Jewissen?“

„Nee, dett ham se wahrlich nich, denen jeht ett nur um den Erhalt ihrer Macht. Da is ihnen jedet Mittel recht. Nich anders musste dett in Jammerbock sehn. De rote Maritta hat dett deshalb richtig als Schnapsidee un unjerecht bezeichnet, wenn ooch de Kinder von de Reichen de Schulspeisung umsonst kriejen tun. Da lob ick mir den Sozialpass von de Linke, der wäre jerecht.“

„Ick danke dir, mein Freund. Du tust mir allet imma so schön auseinanderklamüsern.“

Bis bald

Eure Spottdrossel

Januar 1933 - Januar 2008 - Unglaublich

Die Initiative „Zug der Erinnerung“ wandte sich am 4. Januar 2008 an die europäische Öffentlichkeit, um darauf aufmerksam zu machen, dass das Bundesverkehrsministerium (Minister: Herr Tiefensee, SPD) und die Deutsche Bahn AG (Vorstands-Chef: Herr Mehdorn) ablehnen, die Gedenkausstellung für die von den Faschisten deportierten Kinder und Jugendlichen zu unterstützen. Im Gegenteil: Sie boykottieren die Ausstellung.

Bereits 2006 hatte sich die Bahn AG geweigert, die französische Ausstellung „11.000 Kinder. Mit der Reichsbahn in den Tod“ in deutschen Bahnhöfen zu zeigen. Aus der damaligen Debatte entwickelte sich die Initiative „Zug der Erinnerung“, in die Forschung waren Jugendliche direkt einbezogen.

Seit 8. November 2007 ist der Gedenkzug unterwegs, er zählte bis

Anfang Januar über 40.000 Besucher. Das Interesse ist also groß, besonders durch Schüler und Jugendliche. Sogar der CDU-Ministerpräsident des Saarlandes hat die Ausstellung besucht.

Ziel der Initiative ist, am 8. Mai 2008, dem 63. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, die Gedenkstätte Auschwitz zu erreichen.

Die Initiatoren haben bereits hohe Kosten für Bahndienstleistungen, für die Lok usw.. Nun verlangt die Bahn AG „Trassengebühren, Gelder für den Stationsaufenthalt“, Summen für elektrische Anschlüsse – ohne diese kann die Ausstellung in den Waggonen nicht gezeigt werden. Weit über 50.000 Euro soll die Initiative zahlen. Der Vorgänger der Bahn AG, die Deutsche Reichsbahn, hat am Transport der Kinder und Jugendlichen in den zwölf braunen Jahren verdient und will nun noch

einmal aus dem damaligen Unrecht Gewinn ziehen.

Das Bundesverkehrsministerium, das verpflichtet ist, die Interessen der öffentlichen Eigentümer der Bahn AG wahrzunehmen, erklärt, aus „rechtlichen Gründen“ keinen Cent zur Verfügung stellen zu können.

Der im November 2007 informierte Verkehrsausschuss des Bundestages hat bis Januar 2008 nicht reagiert.

Das Verhalten der o.g. Institutionen empfinde ich als Schande für die BRD, in der alte und neue Nazis Morgenluft wittern.

Die Initiative „Zug der Erinnerung“ hofft auf Protestbriefe aus dem In- und Ausland. Mischen wir uns mit ein.

*Ingrid Köbke,
Nuthe-Urstromtal*

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

aus erster Hand von Maritta Böttcher

Angst im Saarland führt zu Normalität

Zur Einstellung der Beobachtung der LINKEN im Saarland durch den Verfassungsschutz erklärt Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch:

Die Verfassungsschützer im Saarland und das Innenministerium des Landes haben wohl erkannt, dass zeitnah Oskar Lafontaine ihr Chef werden könnte. Deshalb haben sie zu Recht entschieden, die Beobachtung der Partei DIE LINKE einzustellen. Auch darf Bodo Ramelow nicht mehr beobachtet werden. Andere Länder sollten umgehend diesen Beispielen folgen.

Blanker Populismus

Seit alle Parteien die Bedeutung frühkindlicher Bildung für die Lebenschancen junger Menschen entdeckt haben, überschlagen sich die politischen Parteien in einer Ankündigungspolitik. Nun scheinen – entgegen ihren früheren Gewohnheiten – auch die Grünen das Kindergartenpflichtjahr vor der Schule zu entdecken. Das allein ist allerdings zu wenig. DIE LINKE setzt andere Prämissen: Wir wollen, dass alle Kinder vom ersten Lebensjahr an die Möglichkeit haben, eine Kindereinrichtung zu besuchen, um sich gemeinsam mit anderen Kindern alle Lernwelten zu erschließen. Nicht erst im letzten Vorschuljahr, denn neuere wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, welchen Vorteil dieses gemeinsame Lernen hat. Es nur auf das letzte Vorschuljahr beschränken zu wollen, bleibt hinter den Erfordernissen zurück. Eine langfristige Vorbereitung auf den Übergang in die Grundschule wäre ein erster Schritt für Chancengleichheit. Derzeit fehlen allerdings ausreichend Ganztagskitaplätze, es fehlt ein Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung, es fehlen ausgebildete Erzieherinnen, es fehlt überhaupt an Einrich-

tungen, es fehlt ein Zugehen auf die Familien, um ihnen die Bedeutung frühkindlicher Bildung auch für ihr Kind plausibel und entsprechende Angebote zu machen, es fehlt an einer ausgewogenen Finanzierung, die es auch Kindern aus sozial benachteiligten Elternhäusern möglich macht, ein solches Angebot anzunehmen – wenn es denn vor Ort überhaupt vorhanden ist...Die Liste der Defizite ist lang - die Forderung nach einer Kita-Pflicht daher blanker Populismus.

Für gerechte Löhne und eine intakte Rentenformel

Eine richtige Diagnose stellt die OECD dem deutschen Rentensystem mit ihrer Warnung vor wachsender Altersarmut. Die Altersarmut wird die soziale Herausforderung dieses und der nächsten Jahrzehnte werden. Das Niveau der Renten sinkt in den nächsten Jahren dramatisch ab, weil die Rentenkürzungsprogramme, die von SPD, Union, Grünen und FDP während ihrer jeweiligen Regierungszeit durchgepeitscht worden sind, jetzt zu wirken beginnen. Immer mehr Menschen müssen damit rechnen, nach einem Leben voller Arbeit mit einer Armutsrente abgespeist zu werden. Was soll

100. Todestag von Wilhelm Busch

Dr. Rudolf Haase

Wer denkt nicht sofort bei Wilhelm Busch an die Bildergeschichten (modern: Comic) von „Max und Moritz“, „Die fromme Helene“, „Hans Huckebein“ u.a.. Weniger bekannt sind seine Gedichte.

Eines der bemerkenswerten Gedichte eines politisch denkenden Wilhelm Busch möchte ich aus diesem Anlass zitieren:



die Therapieempfehlung der OECD? Die wachsende Altersarmut in Deutschland ist das Produkt der systematischen Zerstörung der gesetzlichen Rente durch die Regierungen Kohl, Schröder und Merkel. Dieser Politik liegt dieselbe falsche Privatisierungsdeologie zugrunde, wie sie die OECD vertritt.

Die Empfehlung eines Umstiegs auf das Schweizer Rentenmodell verschweigt, dass das Sockelrentenniveau bei den Eidgenossen oft unter dem Niveau der deutschen Grundsicherung im Alter liegt. Damit würde gegen die Altersarmut faktisch nichts unternommen. Die Menschen müssten noch mehr Geld in private Versicherungen stecken und müssten zusehen, wie Spekulanten an den Finanzmärkten mit ihren Rentenbeiträgen Roulette spielen.

Gerechte Löhne, gute Arbeit und eine intakte Rentenformel sind die einzige wirksame Therapie gegen die Altersarmut von heute und morgen. <

Bewaffneter Friede

Ganz unverhofft, an einem Hügel,
Sind sich begegnet Fuchs und Igel.
Halt, rief der Fuchs, du Bösewicht!
Kennst du des Königs Ordre nicht?
Ist nicht der Friede längst verkündigt,
und weißt du nicht, daß jeder sündigt,
der immer noch gerüstet geht?
Im Namen seiner Majestät
geh her und übergib dein Fell.
Der Igel sprach: Nur nicht so schnell.
Laß dir erst deine Zähne brechen,
dann wollen wir uns weiter sprechen!
Und alsogleich macht er sich rund,
schließt seinen dichten Stachelbund
und trotz getrost der ganzen Welt,
bewaffnet, doch als Friedensheld.

China auf dem Wege zur Weltmacht

Unter diesem Thema stand am 17. Januar eine öffentliche Veranstaltung, zu der die Parteiorganisation Die Linke Blankenfelde-Mahlow eingeladen hatte. Der voll besetzte Veranstaltungsraum im Bürgerhaus Dahlewitz zeugte vom großen Interesse daran.

Gastredner war Prof. Dr. Kopf, der seit Jahren als Berater bei der chinesischen Regierung tätig ist. Seine profunden Ausführungen beruhten auf der unmittelbaren Kenntnis der bedeutenden primären Dokumente im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung des chinesischen Volkskongresses und deren verantwortliche Aufbereitung für deutschsprachige wissenschaftliche Institute und Medien.

Wie vollzieht sich der Weg Chinas zur Weltmacht? Oder: Ist China nicht in weiten Teilen seines geographischen und bevölkerungspolitischen Gewichts, seiner politischen, wirtschaftlichen sowie kulturellen Entwicklung und Ausstrahlung nicht schon von solcher Welt umfassenden Bedeutung, die es rechtfertigen würde, von einer Weltmacht China auf dem Wege zum „Sozialismus chinesischer Prägung“ zu sprechen, wie es in den Beschlüssen des jüngsten Parteitages der KP Chinas heißt? Prof. Kopf machte deutlich, dass die Beantwortung dieser Fragen nur möglich ist, wenn man objektive Fakten und die langfristig geplanten Entwicklungsrichtungen Chinas, seine internationale Öffnung und die stabile politische Führung zur Erreichung der gesteckten gesellschaftlichen Ziele zur Kenntnis nimmt und bewertet.

Aus den umfassenden Belegen, die dafür im Referat enthalten waren, seien nur herausgegriffen:

- Eine Gesamtfläche von 9,6 Mil. km², die über acht Klimazonen reicht und die Beachtung der Auswirkungen von Naturprozessen größten Ausmaßes erfordert. Das schließt eine Gleichsetzung mit westeuropäischen Verhältnissen völlig aus.
- Die Bevölkerung von 1,3 Mrd. Einwohnern, das sind ca. 24% der Weltbevölkerung.

- Der größte Binnenmarkt der Welt und dessen Gestaltung
- Eine große Zahl nationaler Minderheiten und deren staatliche Eingliederung (In China gibt es 56 Nationalitäten.).
- Die Existenz und Entwicklung autonomer Gebiete
- Ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum von durchschnittlich jährlich



10% im Verlaufe der letzten drei Fünfjahrplanzeiträume und von 11,4% im Jahre 2007

- Die unmittelbar bevor stehende Verdrängung der BRD in der Rangfolge der wirtschaftlich stärksten Länder der Welt
- Der zunehmende Export nicht nur von Konsumgütern, sondern auch Industrieanlagen und Verkehrsbauten in Entwicklungsländer unter Nutzung der Erfahrungen im eigenen Land
- Ein Außenhandelsvolumen von 2,1 Bill. US-Dollar, ein Exportüberschuss von 262,3 Mrd. US-Dollar und Devisenreserven von 1,53 Bill. US-Dollar
- Eine wachsende Beteiligung an Banken und Unternehmen in Europa und den USA.

Mit diesen Fakten in Zusammenhang steht das politisch-diplomatische Gewicht Chinas in der UNO und dem Weltsicherheitsrat bei der Vorbereitung und dem Abschluss internationaler Vereinbarungen und der Lösung nationaler und internationaler Konflikte.

Und dennoch:

Man muss - so der Referent - bei all diesen beeindruckenden Daten und überzeugenden Entwicklungen die gewaltigen Dimensionen und die noch zu lösenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme sehen. Prof. Kopf: „Man kann nicht gleichzeitig 1,3 Mrd. Menschen reich machen.“

Zuerst müssten die Möglichkeiten für eine breite Annäherung sozialer Verhältnisse, insbesondere für die Schließung der Schere zwischen Stadt und Land geschaffen werden. Diese nur langfristig zu beherrschende Aufgabe verbiete jede Verbreitung von Illusionen an Stelle einer zielstrebigem soliden Politik.

Im zweiten Teil des Vortrags befasste sich der Referent mit Wegen und Methoden der politischen Führung des Landes, vor allem mit

- der Rolle der KP Chinas (rund 73 Mio. Mitglieder) und ihrer Kaderpolitik,
- der Verwirklichung des Prinzips einer volksnahen Politik,
- der Entwicklung föderaler Strukturen,
- der Begleitung der jährlichen Volkskongresse durch Beratung demokratischer Organisationen und parteilicher Bündnisse,
- der Wirksamkeit der Abgeordneten an der Basis und
- dem Verhältnis von übergreifenden nationalen Zielen zu detaillierten, den jeweiligen örtlichen Bedingungen angepassten Entscheidungen und deren Durchsetzung.

Dabei beeindruckten die Fähigkeit und Bereitschaft des Referenten, die Erläuterung von Beschlüssen und Regelungen mit persönlichen Eindrücken und Wertungen anschaulich zu untersetzen und auch vor Modifizierungen und der Abwägung möglicher Gefahren und Unsicherheiten nicht zurückzuschrecken.

Das Gleiche gilt für den zweiten Teil der Veranstaltung. Dieser bot den Anwesenden die Möglichkeit zur Darlegung eigener Eindrücke und Überle-

Fortsetzung auf Seite 10

Geheimnissen auf der Spur

Die Überschrift klingt nach Krimi, den ich gelesen habe. Es ist aber keiner. Oder doch? Vielleicht ein Sprachkrimi?! Zumindest begibt sich der Autor, Dr. phil. Peter Köhler, mit mir als Leserin auf die detektivische Suche nach dem Ursprung von Sprichwörtern, Redewendungen bzw. Sitten und Gebräuchen.

Mir fällt ein Rat meines Deutschlehrers ein: „Der Gebrauch von Fremdwörtern ist Glückssache.“ Trifft die Aussage nicht auch auf heute noch übliche Redewendungen zu? Wie oft werden Wörter/Redewendungen falsch eingesetzt, weil dem Sprechenden der Begriffsinhalt unbekannt ist? Schnell sind wir mit dem Rat: „Red' nicht solchen Kohl!“ Das Gartengemüse ist damit wohl nicht gemeint.

Dass der Ursprung im hebräischen „qol“ liegt, dort „Stimme“, „Schall“ oder „Gerücht“ bedeutet, übers Jiddische Ende des 18. Jahrhunderts in die Studentensprache eingegangen ist und



auch heute noch „Unsinn reden“, „schwindeln“ beinhaltet, war für mich interessant. Inhaltlich ähnlich ist „Blech reden“ gelagert, es hat aber eine völlig andere Entwicklung genommen. Die Herkunft findet sich noch in „blechen“ im Sinne von „bezahlen“.

So wurde die Lektüre für mich zu einer Suche nach sprachlichen Ursprüngen. Es bestehen sprachliche Verbindungen zwischen „deuten“, „Volk“ und „alle“. Dazu muss man aber zwischen dem Germanischen, Althochdeutschen, Lateinischen und Deutschen Beziehungen herstellen können, bis man bei den „Deutschen“ ankommt.

Diese Art der Sprachuntersuchung las sich recht spannend; es war eine interessante Art der Wissensvermittlung.

Wie der Buchtitel lautet? „Warum der Osterhase Eier legt – Der neue Basar der Bildungslücken“.

Ingrid Köbke

Fortsetzung von Seite 9

gungen sowie zu Fragen. Es wurde eine breite Palette von Themen angesprochen, die zur Abrundung der Veranstaltung beitrugen.

Sie bezogen sich beispielsweise auf Umfang und Ursachen von Korruption und deren Bekämpfung, eine zunehmende „Verwestlichung der Kultur“ in den Großstädten, auf das Ausmaß und die zweiseitigen Folgen von großen Investitionen westlicher Industriekonzerne in der Volksrepublik. Prof. Kopf beschränkte sich in der Antwort nicht auf die Wirkungen dieser Entwicklung in China, son-

dern erläuterte die strategische Praxis der chinesischen Beteiligung und Übernahme von Firmen in Westeuropa, Japan und den USA. Zur Sprache kamen auch die Eigentumsverhältnisse in der chinesischen Wirtschaft.

Besonderes Interesse fanden in Frage und Antwort die praktischen Beispiele zur Integration Tibets und die Entwicklung der internationalen Beziehungen. Näher wurde auf die Wirkung von Sonderzonen und der politischen Verwaltung der Städte Hongkong und Macao, auf die Beziehungen zu Taiwan (Prinzip: ein Land – zwei Systeme) eingegangen. Es würde den Cha-

rakter unseres Berichts überfordern, detailliertere Darlegungen und Argumente aufzuführen.

Unser Resümee: Wir erlebten eine vielseitig anregende, unser Parteileben bereichernde Veranstaltung. Sie sprach auf Grund ihres Bildungseffektes auch die Gäste an. Von Teilnehmern wurde im Anschluss mehrfach der Gedanke geäußert, dass dieser Abend dazu beigetragen habe, Berichte, Interviews und Filme über China künftig besser abwägen und in das globale politische und wirtschaftliche Geschehen einordnen zu können.

*Gertraude und Lothar Hummel
BO Dahlewitz*

Wahlmanipulation

Fernsehen und Zeitungen überschlugen sich anlässlich der Wahlen zur russischen Duma.

Von Wahlfälschung und massiver Manipulation der „Putin-Partei“ war die Rede. Da war natürlich etwas dran, obwohl Putin es noch nicht einmal nötig hatte.

Die mit amerikanischen Geldern unterstützten Oppositionellen hatten in Russland ohnehin keine Chance, denn die Russen wissen, dass ihr Land im-

mer mehr von der NATO eingekreist wird. Wenn es um „westlich“ orientierte diktatorisch regierte Länder geht, haben Politiker und die bürgerlichen Medien weniger Skrupel im Umgang mit solchen Diktatoren.

Nunmehr standen in Deutschland Landtagswahlen vor der Tür. Über eine populistische Kampagne über jugendliche Kriminelle mit Arbeits- und Umerziehungslagern, mit der Koch noch das Ruder zum Wahlerfolg um-

drehen wollte, überschlugen sich die Medien. DIE LINKE hatte gute Chancen, in den Landtag von Hessen einzuziehen.

Allerdings kamen DIE LINKEN in den Medien kaum vor. Ist das keine Manipulation? Von einer Chancengleichheit politischer Konzepte kann keine Rede sein. Das ist billige, wenn auch geschickte Wahlmanipulation.

*Dr. Rudolf Haase,
Luckenwalde*

Aus der Arbeit des Sprecherrates

Am 17. Dezember 2007 fand in der Geschäftsstelle der LINKEN in Luckenwalde eine Zusammenkunft des Sprecherrates mit den Vorsitzenden der Basisorganisationen statt.

Genosse Hartmut Ukrow nutzte die Gelegenheit, um die Arbeit des Stadtverbandes im Jahre 2007 einzuschätzen. Ein weiterer Punkt war die Würdigung der Leistungen einiger älterer Mitglieder.

Wer kennt nicht die Genossin Gertraude Schenk und die Genossen Bernhard Jank und Harry Gebauer.

Erfahrene, aktive Mitglieder unserer Partei, deren Bereitschaft und Einsatz „nur“ mit dem Wort vorbildlich beschrieben werden können. Wir werden auch weiterhin ihr Engagement brauchen.

Dann wurde über die Arbeit des Stadtverbandes für 2008 beraten.

Neben vielen wichtigen politischen Ereignissen sind es die Kommunalwahlen, die uns, wenn wir erfolgreich sein wollen, fordern werden.

Darauf müssen wir uns in erster Linie inhaltlich, aber auch organisatorisch vorbereiten.

Und im organisatorischen Bereich haben wir noch einige Probleme zu bewältigen. Als erstes gilt es die einzelnen Basisorganisationen zu stärken. Der gegenwärtige Stand wurde von den Genossen Ukrow und Dr. Haase eingeschätzt.

In drei BO muss alters- bzw. krankheitsbedingt über die Vorsitzenden nachgedacht werden. Dazu wurden Vorschläge unterbreitet. Die Verteilung unserer Zeitung muss neu überdacht werden und die Betreuung der Veteranen muss neu organisiert werden.

Wir haben über all diese Fragen diskutiert und in der folgenden Sitzung am 23. Januar dazu Entscheidungen getroffen. Zu diesem Termin lag auch der Arbeitsplan des Sprecherrates vor.

*Marianne Richter,
Luckenwalde*



Glückwünsche

Walter Rothenburg in Luckenwalde zum 83. Geburtstag am 14.02.
Edith Mieke in Rangsdorf zum 79. Geburtstag am 15.02.
Margarete Schwarz in Luckenwalde zum 84. Geburtstag am 20.02.
Fritz Steinbach in Luckenwalde zum 78. Geburtstag am 22.02.
Hans-Dietrich Werner in Luckenwalde zum 77. Geburtstag am 22.02.
Arno Wendt in Jüterbog zum 79. Geburtstag am 26.02.
Günter Gutsche in Luckenwalde zum 72. Geburtstag am 02.03.
Christa Saß in Rangsdorf zum 74. Geburtstag am 03.03.

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die einen runden Geburtstag begehen:*

Klaus Wetzel in Schönefeld zum **70.** Geburtstag am 19.02.
Ulrich Scholz in Malterhausen zum **65.** Geburtstag am 19.02.
Ruth Gatzka in Ludwigsfelde zum **85.** Geburtstag am 27.02.

Die Schlacht um Stalingrad

Die Dokumentation im RBB

Wenn heute im Fernsehen Dokumentationen über den 2. Weltkrieg, das Naziregime oder gar über das Privatleben von Hitler angekündigt sind, muss man schon misstrauisch werden.

Unter dem Deckmantel angeblich wertfreier geschichtlicher Recherchen verstecken sich mannigfaltige Geschichtsklitterungen, die für mich Ausdruck dessen sind, dass sich die Bundesrepublik nach wie vor als Rechtsnachfolger des 3. Reiches versteht. Ohnehin konnten aktive Nazis nahtlos als führende Beamte in Westdeutschland weiter tätig sein.

Der am 08. und 15. Januar im RBB ausgestrahlte Dok.-Film über die Stalingrader Schlacht (Produktion 2002) macht besonders im ersten Teil deutlich, dass eine solche Aufarbeitung der Geschichte mit Vorsicht zu genießen ist. Kein Wort darüber, was das faschistische Deutschland in Russland zu suchen hatte. Die angreifenden Faschisten werden den Verteidigern von Stalingrad, ihrer Heimat, gleich-

gestellt. Im Gegenteil, die Rote Armee wird abwertend beurteilt, sie hätte keinen humanen (!) Krieg geführt. Es wäre ein Rattenkrieg gewesen. Die Sowjetunion unter Stalins Führung hätte die vielen Toten verhindern können, wenn sie auf die Verteidigung von Stalingrad verzichtet hätte (!). Noch heute würde Russland die Zahl der Toten um die Stalingrader Schlacht verschweigen (was übrigens nicht der Wahrheit entspricht). So geht die Geschichtsklitterung weiter. Bei meinem letzten Besuch in Wolgograd im vorigen Jahr, gefror mir das Blut in den Adern, als ich einerseits über die Verbrechen der Faschisten und andererseits über vom Heldentum des sowjetischen Volkes vor Ort erfuhr. Die Schlussfolgerung kann nur heißen: Nie wieder Krieg! Den Ursachen von Kriegen müssen konsequent jegliche Grundlagen entzogen werden. Krieg darf kein Mittel der Politik sein.

*Dr. Rudolf Haase,
Luckenwalde*

Termine

06.02.08 10.00 Uhr

AG Senioren
Auswertung des 1. Landespartei-
tages mit Kornelia Wehlan
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

07.02.08 14.30 Uhr

Beratung Seniorenkommission
Geschäftsstelle Jüterbog

07.02.08 18.00 Uhr

Beratung Regionalvorstand
Geschäftsstelle Jüterbog

09.02.08 09.00 Uhr

Gesamtmitgliederversammlung
im „Schmied zu Jüterbog“

13.02.08 15.00 Uhr

Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

13.02.08 19.00 Uhr

Forum mit Wolfgang Neskovic
Kreishaus Luckenwalde

25.02.08 19.00 Uhr

Beratung Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

26.02.08 09.00 Uhr

Beratung Gebietsvorstand
Luckenwalde
Geschäftsstelle Luckenwalde

28.02.08 18.00 Uhr

Jüterboger Gespräche
Thema und Ort werden mit
Einladung bekannt gegeben

06.03.08 14.30 Uhr

Beratung Seniorenkommission
Geschäftsstelle Jüterbog

06.03.08 18.30 Uhr

Beratung Regionalvorstand
Geschäftsstelle Jüterbog

07.03.08 15.30 Uhr

Jahresauftakt
Geschäftsstelle Luckenwalde

08.03.08 15.30 Uhr

Frauentagsfeier
Geschäftsstelle Jüterbog

Auftakt zum Kommunal- wahljahr 2008

Der Kreisverband Teltow-Fläming lädt zu einem Forum mit dem MdB Wolfgang Neškovic ein.

Die Auftaktveranstaltung zum Kommunalwahljahr 2008 am 13. Februar um 19.00 Uhr im Kreishaus beinhaltet u.a. einen Vortrag zum Thema „Der Sozialstaat als Sozialfall“. Anschließend ist Raum für eine offene Diskussion.

Wir hoffen auf rege Beteiligung und freuen uns auf einen interessanten Abend. <

Mit Trauer haben wir erfahren, dass
unser Genosse

Erich Schmude

im Alter von 83 Jahren
verstorben ist.

Ehre seinem Andenken.
Er wird uns unvergessen bleiben.

Basisorganisation Am Mellensee
Kreisvorstand Teltow-Fläming

Wir trauern um unseren Genossen

Helmut Bochow,

der im Alter von 86 Jahren
verstorben ist.

Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.

Basisorganisation 2 Blankenfelde/
Mahlow
Kreisvorstand Teltow-Fläming

Tiefbewegt erhielten wir die Nach-
richt, dass unsere Genossin

Inge Falke

im Alter von 80 Jahren verstorben
ist.

Wir werden ihr ein ehrendes
Andenken bewahren.

Basisorganisation Am Mellensee
Kreisvorstand Teltow-Fläming

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming

V.i.S.d.P.: Petra Haase

Geschäftsstellen:

14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36 Tel.: 0 33 71/63 22 67 Fax: 63 69 36

Internet: www.dielinke-teltow-flaeming.de

E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

14913 Jüterbog, Große Str. 62 Tel.: 0 33 72/43 26 91 Fax: 44 30 33

E-Mail: dielinke.jueterbog@t-online.de

14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur - Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54

E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-brandenburg.de

Spendenkonto: 363 302 7415 BLZ: 160 500 00 bei der Mittelbrandenb. Sparkasse

Redaktionsschluss: 16. Januar 2008, der nächsten Ausgabe: 13. Februar 2008

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Wir trauern um unseren Genossen

Ernst Hänisch,

der im Alter von 87 Jahren
verstorben ist.

Wir verlieren einen klugen und
aufrechten Weggefährten, der sich
mit ganzer Kraft für soziale Ge-
rechtigkeit eingesetzt hat.

Sein Andenken werden wir in
Ehren halten.

Stadtverband Ludwigsfelde
AG Senioren Zossen
Kreisvorstand Teltow-Fläming